

Außenpolitische Erfolge und innenpolitische Stagnation in Kiew¹

Kučmas Partei hat Mandatszahl verdoppelt. Die Rolle des IWF. Machtkampf in Weißrußland eskaliert.

Mainz, im April 1998. Ein vornehmlich düsteres Bild von der Entwicklung in der Ukraine und in Weißrußland haben Osteuropaforscher bei einer Veranstaltung des sogenannten Göttinger Arbeitskreises in Mainz gezeichnet. Beide Länder hinken vor allem bei den Wirtschaftsreformen nach. Die Ukraine, neben Rußland der größte Staat Europas, hat auf ihre außenpolitischen Erfolge – die Normalisierung der Beziehungen zu den Nachbarn – im Innern nur geringe Fortschritte folgen lassen.

Die Asien-Krise, schilderte der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Gramatzki, habe zwar auf den noch wenig entwickelten Kapitalmarkt der Ukraine nur in geringem Maße durchgeschlagen. Insgesamt herrsche jedoch Stagnation, mit einem verlangsamten Rückgang des Wachstums und Drosselung der Inflation. Inzwischen müsse man aber, wie es selbst der Monetarist Sachs mit Blick auf die Ukraine getan habe, fragen: „Was nutzt die monetäre Stabilisierung, wenn das Wachstum nicht anspringt?“ Die

Analysen der „weitgehend in angelsächsischer Hand“ befindlichen internationalen Finanzinstitutionen beruhen ebenso wie die Reformpläne der Kiewer Regierungen möglicherweise weitgehend auf „Simulation“. Die durch nicht ausgezahlte Löhne und hohe Kreditzinsen erzielte Stabilität sei größtenteils nur „Scheinstabilität“. Ob man die Wirtschaft entflechten könne, wenn die Rahmenbedingungen verhinderten, daß kleinere Wirtschaftseinheiten sich etablieren könnten, sei fraglich. Kein Land habe so viele Fehlprognosen erlebt wie die Ukraine.

In diesem Zusammenhang kritisierte Gramatzki die „*Stop-and-go*-Politik“ des Internationalen Währungsfonds (IWF), die „auf die Dauer nicht mehr erträglich“ sei. Der IWF, der erst kürzlich Südkorea und Indonesien Kredite von 60 bzw. 40 Milliarden Dollar zugesagt hatte, hat der Ukraine wenige Tage vor den Parlamentswahlen vom 29. März eine Kredittranche über 200 Millionen verweigert; die Wahl gewannen die Kommunisten. Die Demarche des

Weltbankpräsident Wolfensohn in Kiew, der 1997 gegenüber Präsident Kučma die Korruption kritisiert hatte, sei zwar berechtigt, doch daß allein die Ukraine darauf angesprochen worden sei, sei ungerecht: „Den gleichen Brief hätte Wolfensohn an alle Regierungen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten schicken können“. Innenpolitisch ist die Lage des Präsidenten Kučma nach dem Sieg der Kommunisten in den Parlamentswahlen schwieriger geworden. Allerdings wurde auf der Tagung darauf hingewiesen, daß in vielen wichtigen Fragen bereits die Sozialistische und die Progressive Sozialistische Partei, von den anderen ganz zu schweigen, den Kommunisten im Parlament die Gefolgschaft verweigern, so daß das Schreckgespenst einer reformunwilligen linken Mehrheit verblasse. Wie dieser Tage aus dem Präsidialamt in Kiew verlautete, hat sich zudem ein großer Teil der unabhängigen Inhaber von Direktmandaten inzwischen reformfreundlichen Fraktionen angeschlossen. Die Kučma nahestehende Volksdemokratische Partei habe ihre Abgeordnetenzahl inzwischen auf 64 verdoppelt, die aus der Unabhängigkeitsbewegung hervorgegangene Partei „Ruch“ (Bewegung) komme auf 50; die Kommunisten stellen allerdings immer noch 124 der insgesamt 450 Abgeordneten.

Als erfreulich wurde die Niederlage der extremen Nationalen Front gewertet, die nur in der Westukraine ein paar Direktmandate erlangt hat. Unklarheit herrscht über das für osteuropäische Verhältnisse sensationelle Ergebnis der Grünen, die 5,5 Prozent der Listenstimmen erhielten. Ihr Erfolg, so die von dem Kiewer Juristen Šemčušenko vertretene Auffassung, ist der Verbindung von altgedienten Umweltschützern mit bestimmten wirtschaftlichen Interessengruppen zu verdanken, welche die Grünen unterstützten. Die Grünen seien als Vertreter einer „Antipolitik“ und des Protests gegen das Establishment gewählt worden. „Sie werden sich aber nicht auf die Gleise legen“, wurde vermutet, sondern gemäßigt auftreten.

Eine andere Entwicklung, zurück zu Methoden der Kommandowirtschaft und zu einer engen Anlehnung an Rußland, hat Weißrußland genommen. Der Wirtschaftswissenschaftler Holtbrügge zog das für 1997 behauptete Wirtschaftswachstum von zehn Prozent in Zweifel, hielt jedoch, ebenso wie der ehemalige Chef der Nationalbank und Vorsitzende der oppositionellen Vereinigten Bürgerpartei, Bogdankevič, ein geringfügiges Wachstum für möglich. Holtbrügge befürchtet, der Beitritt Polens zur Europäischen Union werde eine weitere Ostorientierung Weißrußlands erzwingen. Uneinig war man sich, ob der weißrussische Präsident Lukašenka wirklich Aussichten habe, in Rußland – oder einem gemeinsamen Staatengebilde – Präsident zu werden. Weißrussische Oppositionelle sehen Lukašenka mit Hilfe der russischen Kommunisten allen Ernstes bereits auf dem Marsch in den Kreml und befürchten eine noch engere Integration der Staaten.

Die Politologin Sahn sagte dagegen, die Identifikation mit der Eigenstaatlichkeit sei zwar nicht ausreichend für einen eigenständigen Weg, andererseits jedoch bereits zu groß, um „ein Aufgehen der Republik“ in Rußland zu erlauben. In Weißrußland gebe es aufgrund des ungefestigten nationalen Selbstbewußtseins und der jahrhundertelangen Tradition des Zusammenlebens keine Konflikte mit den Minderheiten. Im Kampf zwischen Präsident und Opposition sei jedoch seit Jahren „eine systematische Eskalation von der symbolischen Konfrontation zur realen Gewaltanwendung“ zu beobachten.

Dr. Gerhard Gnauck – Ressort Politik der FAZ, war Teilnehmer am Graduiertenkolleg des OEI von 1994–1997.

¹ FAZ vom 22.04.1998, S.11. Der Abdruck des Tagungsberichts erfolgte mit freundlicher Genehmigung der FAZ.